



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eine Ersatzsteuer

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von Eisenbahnen zurück. Zehn Jahre später war der Einfluß Rußlands jedoch so stark geworden, daß die persische Regierung genötigt war, ungeachtet der englischen Gegenbestrebungen Rußland das Monopol für den Bau von Eisenbahnen zuzugestehn. Dieses Monopol wurde dann 1898 wieder erneuert.

Rußland hat jedoch dieses Privilegium noch nicht ausgenutzt und sich von einem Projekt zum andern übergehend, bis jetzt auf den Bau einer Kunststraße nach Isfahan beschränkt, wo die Straßen von Buschir und Bender-Abbas zusammentreffen.

In der Erkenntnis der unabweisharen Notwendigkeit, verschiedene Reformen durchzuführen, hat die persische Regierung 1898 ihr Zollwesen einem Belgier anvertraut und sich an französische Kapitalisten gewandt, um eine Anleihe von fünfzig Millionen Franken aufzunehmen. Diese Anleihe konnte jedoch nicht zustande kommen, da die französischen Kapitalisten als Entgelt das Monopol für sämtliche industriellen Unternehmungen in Persien forderten, eine Forderung, deren Genehmigung natürlich auf den schärfsten Widerstand Rußlands gestoßen wäre. An Stelle dieser Anleihe wurde in Persien eine russische Bank errichtet, die vom russischen Staate finanziell unterstützt wird. Dieser Bank sind sämtliche Unternehmungen in Aserbeidschan, der reichsten Provinz von Persien, anvertraut. Außerdem hat die russische Regierung schon mit den Vorarbeiten für die Eisenbahn Dschulfa - Täbris - Hamadan mit Abzweigung nach Teheran begonnen. Diese Bahn soll dann später nach Isfahan - Kirman - Bender-Abbas fortgeführt werden.



Eine Ersatzsteuer



Die Finanzkommission des Reichstags hat die Gas-, die Elektrizitäts- und die Inseratensteuer abgelehnt, die Reichsregierung wird sie nach den von ihren Vertretern abgegebenen Erklärungen nicht aufrecht erhalten, weil die Stimmung im Reiche durchaus gegen diese Steuern ist. Es wird aber notwendig, für den Ausfall, der dadurch entsteht, Ersatz zu schaffen; es müssen demnach etwa 83 Millionen Mark neue Steuern geschaffen, oder es müssen bestehende Steuern erhöht werden, denn die Regierung hatte den Ertrag aus der Gas- und Elektrizitätssteuer mit 50 Millionen und den der Inseratensteuer mit 33 Millionen Mark berechnet. Bei der Schwierigkeit, Steuern zu finden, die einen ordentlichen Ertrag liefern, dabei aber niemand drücken und keinem lästig fallen, sei auf eine Quelle hingewiesen, die annähernd diesen Erfordernissen entspricht.

Nach dem im Jahre 1908 erschienenen Statistischen Jahrbuch fürs Deutsche Reich ist Ende des Jahres 1905 — bis dahin geht die Statistik — in den

deutschen Sparkassen ohne die im Herzogtum Braunschweig ein Gesamtkapital von rund 12675 Millionen Mark angesammelt gewesen, und zwar in 17947538 Büchern, sodaß durchschnittlich auf ein Buch rund 706 Mark entfallen. Rechnet man einen Zinsfuß von drei Prozent für alle Einlagen, so kommen durchschnittlich jährlich auf jedes Einlagebuch rund 21 Mark Zinsen. Inwieweit die einzelnen Zinsbeträge von den Einlegern bei der Abschätzung zur Einkommensteuer mit angegeben sind, entzieht sich der Kenntnis und Beurteilung, da die Namen der Spareinleger von den Sparkassen mit Recht geheim gehalten werden. Es ist aber anzunehmen, daß die Zinsbeträge wegen ihrer Geringfügigkeit nur in den seltensten Fällen bei diesen Erklärungen (Einkommensdeklarationen) mit berücksichtigt werden, und wenn es geschähe, auf den Einkommenssteuerersatz kaum einen Einfluß haben würden. Wie in allen Fällen, so heißt es auch hier: Viele Wenig machen ein Viel. Die Gesamtsummen der den Sparkonten am Ende des Jahres zugeschriebenen Zinsen beläuft sich nach derselben Quelle auf 358106000 Mark; dazu kommen noch die Zinsen, die im Laufe oder am Ende des Jahres abgefordert worden sind, sodaß rund 360 Millionen Mark Zinsen für 1905 zu rechnen sind. Da im Jahre 1905 — immer nach der angegebenen Quelle — das Einlegerguthaben durch neue Einlagen um 3105518000 Mark weniger 2675855000 Mark Rückzahlungen = 529663000 Mark und durch Zuschlag von Zinsen um jene 358106000 Mark, also zusammen um rund 887 Millionen Mark zugenommen hat, so wird Ende des Jahres 1908 das gesamte Einlegerguthaben mindestens ($3 \times 887 =$) 2661 Millionen + 12675 Millionen (Bestand Ende 1905) = 15336 Millionen Mark betragen haben. Die Zinsen hiervon zu drei Prozent betragen rund 460 Millionen Mark.

Hier ist eine Einnahmequelle, aus der dem Reiche ein ganz hübsches Sümmdchen zugeführt werden kann, ohne daß ein einziger empfindlich getroffen wird. Ob nämlich ein Sparer, der 100 Mark in der Sparkasse hat, am Jahreschlusse an Zinsen 3 Mark oder nur 2,85 Mark gutgeschrieben oder, wenn er in der Mitte des Jahres sein Guthaben abhebt, an Stelle von 1,50 Mark nur 1,45 Mark an Zinsen ausgezahlt bekommt, das ist nicht empfindlich und auch nicht ungerecht, denn bei dem Erwerb der Zinsen hat der Spareinleger nicht die geringste Tätigkeit zu entfalten. Dem Einwande, daß eine solche Steuer eine Strafe für Sparer sei und gerade die Minderbemittelten treffen würde, die hauptsächlich bei Spareinlagen in Betracht kommen können, ist entgegenzuhalten, daß die Steuer auf erworbne größere Kapitalien dann auch als eine Strafe zu bezeichnen wäre, und daß es tatsächlich den sogenannten kleinen Sparern auf den geringern Minderertrag an Zinsen von fünf Pfennig bei jeder Mark gar nicht ankommt und ankommen kann, denn sonst würden die zahlreichen Sparkassen, die nur drei Prozent Zinsen gewähren, gar keine Geschäfte machen, weil andre zahlreiche Sparkassen dreieinhalb Prozent Zinsen vergüten.

Es kommt nun darauf an, eine Weise zu finden, in der die ungeheure Summe der Spareinlagen für die Steuerzwecke des Reichs nutzbar gemacht werden kann. Sicherlich müssen die höhern Einlagen mehr zu einer Steuer herangezogen werden als die kleinen. Es soll also nicht jedes Konto einen gleichen Betrag zahlen, sondern die höhern Einlagen, die mehr Zinsen bringen, müssen auch mehr zahlen. Die einfachste Erhebungsweise wird sein, daß von den am Jahreschlusse oder im Laufe des Jahres — beim Erlöschen eines Sparkontos unter Zurückgabe des Einlagebuchs — eingetragenen Zinsen der Steuerbetrag berechnet wird. Als angemessen wird der Betrag von 5 Pfennig für jede volle Mark oder für jeden Zinsbetrag über 50 Pfennig zu erachten sein. Da 100 Mark zu 3 Prozent 3 Mark jährlich Zinsen geben, so würden vor 100 Mark Kapital, wenn es im ganzen Jahre in der Sparkasse zinstragend liegt, 15 Pfennig oder 0,15 Prozent Steuer erhoben werden. Die Steuer würde zweckmäßig durch die Sparkassen zu erheben und zu verrechnen sein, die dem Reiche für die richtige Erhebung haftbar sein müßten. Am einfachsten kann die Verrechnung durch Steuermarken erfolgen, die in die Kontobücher der Sparkassen bei den einzelnen Konten neben dem Eintrag der Zinsbeträge einzuflecken und dort zu entwerten wären. Die Prüfung der richtigen Verrechnung hätte durch die Steuerbeamten zu geschehen, die ab und zu zu diesem Zwecke die Bücher der Sparkassen einsehen müßten. Dabei hätten sie sich jeder überflüssigen Einsichtnahme zu enthalten, auch würden sie zu besondrer Verschwiegenheit zu verpflichten sein.

Nach den oben gegebenen Berechnungen kommen jetzt rund 460 Millionen Mark an Zinsen auf. Nehmen wir nun den Steuersatz von 5 Pfennig für jede volle Mark Zinsen oder für jeden Zinsbetrag über 50 Pfennig an, so ergibt das — wenn für die Zinsbeträge bis zu 50 Pfennig der ansehnliche Betrag von 60 Millionen Mark zurückgerechnet wird — bei 400 Millionen Mark einen Steuerbetrag von 20 Millionen Mark. Da den Sparbüchern der Sparkassen die Rechnungs- oder Einlegebücher der Banken usw. ganz ähnlich sind, so werden die in solchen Büchern aufkommenden Zinsen in derselben Weise zur Besteuerung herangezogen werden müssen. Wie hoch sich diese Zinsenerträge belaufen, entzieht sich der Kenntnis, sicher aber ist die Summe noch viel höher als bei den Sparkassen, weil dabei oftmals große Summen in Betracht kommen, was bei den Sparkassen nicht der Fall ist, da diese meist nur bis 1500 Mark, in seltenen Ausnahmefällen bis 3000 Mark auf ein Buch annehmen. Die vorgeschlagene Steuer und die Art ihrer Erhebung würde den Vorzug haben, daß niemand von den Steuerpflichtigen einen Betrag bar zu zahlen haben würde, und das ist es ja, was immer am schmerzlichsten empfunden wird: wenn man von seinem baren Gelde etwas zum Steueramte schaffen muß.

Ob nach der Einführung der vorgeschlagenen Steuer auch eine Steuer auf Zins- und Dividendenscheine zu legen sein wird, muß der Erwägung der gesetzgebenden Faktoren im Reiche anheimgestellt werden. Kommt man auf eine

solche Steuer zu, so würde auch hieraus eine beträchtliche Gesamtsumme erzielt werden. Jedenfalls kann aus der hohen Summe der Zinsen aus den ungeheuern Summen in den Sparkassen (rund fünfzehn Milliarden Mark) und aus den Einlagen auf Rechnungsbücher bei den Banken und Bankiers für die Reichskasse eine nicht unbedeutende Summe von den ihr so notwendigen Einnahmen gezogen werden, ohne daß jemand empfindlich getroffen wird.



Ein Mittel zur Förderung unsers gemeinnützigen Lebens

Ein Vorschlag von Dr. Ernst Schulze in Hamburg-Großborstel



Unser gemeinnütziges Leben hat sich zu reicher Blüte entwickelt. Neben zahllosen Wohltätigkeitsvereinen vom kleinsten bis zum größten Umfange, neben wohltätigen und gemeinnützigen Stiftungen, neben der staatlichen, städtischen, kirchlichen und rein privaten Wohlfahrtspflege auf den verschiedensten Gebieten haben wir unzählige Vereine, die sich gemeinnützigen Aufgaben der mannigfachen Art widmen: der Bekämpfung des Alkoholmißbrauches und der Beredlung der Volksgeselligkeit, der Förderung der Volks- und Jugendspiele, der Bekämpfung der Tuberkulose, der Verbreitung guter Bücher, der Förderung entlassener Sträflinge, der Erhaltung der alten Heimatkunst, der Hebung der künstlerischen Kultur usw. Vielleicht ist nichts für die Vielseitigkeit unsers Kulturlebens bezeichnender als diese unermessliche Reichhaltigkeit unsers gemeinnützigen Lebens. Wer könnte wohl behaupten, dies in seinen mannigfachen Formen und Äußerungen zu übersehen? Nicht einmal die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, die vor zwei Jahren aus der alten „Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ entstanden ist, wird einen zureichenden Überblick darüber haben. Und so liegt die Gefahr nahe, daß trotz des warmen Idealismus, der sich auf so vielen verschiedenen Gebieten praktisch betätigt, trotz der großen Geldmittel, die für unser gemeinnütziges Leben aufgewandt werden (wenn man die Ausgaben aller der verschiedenen Einzelvereine, Stiftungen usw. zusammenzählt), trotz des Eifers, mit dem allenthalben auf gemeinnützigem Gebiete gearbeitet wird, doch eine große Kraftverschwendung stattfindet, die um so bedauerlicher ist, als unzählige gemeinnützige Aufgaben noch ihrer Lösung harren.

Wirklich ist diese Kraftverschwendung sehr groß. Der eine Verein weiß vom andern nicht viel oder überhaupt nichts. Es kann vorkommen, daß für denselben Zweck in einer und derselben Stadt zwei oder noch mehr verschiedene Vereine bestehen, oder daß jemand, der nicht aus Eitelkeitsgründen dazu getrieben wird, einen neuen Verein für eine Sache begründet, für die ein alter